

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2005 (einschließlich Veränderungen im Produktgruppenhaushalt)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Nachtragsproduktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.01	Fachgerichtsbarkeit
Produktgruppe:	11.01.02	Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird von 598 T€ um 6 T€ auf 592 T€ und der Anschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben von 256 T€ um 3 T€ auf 253 T€ reduziert.

II. In konkreter Umsetzung wird der Nachtragshaushaltsplan wie folgt geändert:

Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0170	Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen
Titel:	0170/422 01-5	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird von 379.530 € um 5.840 € auf 373.690 € reduziert.

Titel:	0170/632 20-6	Anteilige Kosten des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen
--------	---------------	--

Der Anschlag wird von 256.450 € um 2.600 € auf 253.850 € reduziert.

Cornelia Wiedemeyer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Helmut Pflugradt,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU